

Volks- und Anzeigebblatt

Erscheint
Dienstag, Donnerstag u. Samstag, mit wöchentlichem Unterhaltungsblatt.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich bei der Expedition
90 Pfg., durch die Post bezogen
1 Mt. 15 Pfg.

Einrückungsgebühr:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum
innerhalb des Bezirks 6 S., außerhalb
des Bezirks 9 S. Anzeigen, die Mon-
tag, Mittwoch u. Freitag bis Vorm.
10 Uhr eintreffen, finden Aufnahme.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Nro. 69.

Winnenden, Donnerstag den 15. Juni

1893.

An die Wähler des 2. Wahlkreises.

Nur kurze Zeit trennt uns von der Reichstagswahl, die bestimmend für die Geschichte des Volkes wird.

Wer der Ueberzeugung ist, daß die Kraft des Volkes nicht schon im Frieden durch die endlose Steuer-
schraube des Militarismus untergraben werden soll, wer das allgemeine Wahlrecht hoch hält, wer den Reichstag
für eine Vertretung des Volkes und nicht der Regierung hält, der wähle den Mann der Volkspartei, den ruhigen, nüchternen,
besonnenen, der Sache des Volkes treu ergebenen seitherigen Vertreter

Herrn Landtagsabgeordneten **Schnaidt**
aus **Ludwigsburg**.

Das Wahlkomité der Volkspartei.

Wähler des 2. Bezirks!

Ihr steht unmittelbar vor der Wahl zum Reichstag! Eure Abstimmung kann einen schweren, verderblichen Konflikt zwischen Re-
gierung und Reichstag zur Folge haben. Macht euch nochmals die Sachlage klar:

Deutschlands militärische Kräfte sind aufs neue hinter denen Frankreichs zurückgeblieben, und werden es im
Lauf der Zeit immer mehr, trotzdem daß Frankreich 10 Millionen weniger Einwohner hat.

Darum muß die Zahl der Truppen vermehrt werden, die bei den ungeheuren Leistungen der Feuerwaffen noch eine
ganz andere Bedeutung hat als seither. Dafür soll die Dienstzeit auf 2 Jahre herabgesetzt, sollen im Kriegsfall die älteren,
verheirateten Landwehrmänner geschont werden.

Diese Herabsetzung der Dienstzeit und Schonung der Landwehr ist aber nur möglich, wenn die Truppenzahl selbst durch gerechte
Herbeiziehung aller Wehrfähigen mäßig erhöht wird.

Dies ist nicht bloß der Standpunkt der Reichsregierung, der ganzen Armee, der nationalen Parteien, auch große oppositionelle
Parteien, das kath. Centrum und die Freisinnigen, haben einen Bruch erlitten, weil ein Teil ihrer Mitglieder, Männer wie Rickert
und Hüne, die Regierung auf dem rechten Wege fand und sich von der eigenen Partei los sagte.

Wähler! Nach allen gebrachten Opfern währe es unvernünftig, den letzten wichtigsten Schritt zur Stärkung Deutschlands,
mit dem wir von Frankreich nie mehr überholt werden können, zu unterlassen und damit alles seither Geleistete in Frage zu stellen.

Die Regierung, die ihre Pflicht kennt, wird sich durch einige Parteien nimmermehr beugen lassen, sie wird wieder und wieder die
gleiche notwendige Forderung stellen, die gleiche Entschädigung dafür anbieten. Wer leugnet, daß wir, zwischen Frankreich und Rußland stehend,
nur durch eine möglichst starke Armee uns den Frieden, im Kriegsfall aber wieder nur durch diese Armee uns den Sieg sichern können, ist
blind für die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Vaterlands.

Wähler! Ihr habt die Wahl, der Reichsregierung zu glauben, die seit 23 Jahren ein Hort des europäischen
Friedens, die für das Schicksal Deutschlands verantwortlich ist, oder einigen Parteien, welche die höchsten Interessen des Staats
zu einem Parteienspiel machen und um einer kleinlichen Geldfrage willen das Ansehen des Vaterlands schwächen.

Bürger, wenn ihr letzteres nicht wollt, ihr Bauern und Weingärtner, wenn ihr keine weitere Herabsetzung der
Kornzölle, keine weitere Verbilligung des Weins durch Einfuhr wollt, wählet den Kandidaten der deutschen und konservativen
Partei, den Kandidaten des Bundes der Landwirte, Herrn

L. Kallenberg

einen Mann, der aus der einfachen Werkstatt heraus sich zum Industriellen emporgearbeitet hat, der die Verhältnisse der Arbeiter, der Hand-
werker, des Handelsstands und der Bauern kennt wie einer, den geraden, schlichten Mann, der es sich zur Ehre macht, von euch gewählt zu
werden, der euren Bezirk auch wirklich im Reichstag vertreten wird.

Winnenden, den 13. Juni 1893.

Das Wahlkomité.

Winnenden.
Fleisch-Abschlag.
Fettes Rindfleisch 30 Pf.,
Kalbfleisch 40 Pf.
bei Metzger Mergenthaler.
Auch hat Obiger einen haufen
Dung
zu verkaufen.

Winnenden.
Gemeinderäthlichem Beschluß zufolge wird das Reinigen der nicht
angebauten Straßenstrecken und öffentlichen Plätze im Ab-
streich vergeben.
Die Bedingungen liegen auf dem Rathaus, Zimmer Nro. 1, zur Ein-
sichtnahme auf. Liebhaber wollen sich am
Donnerstag den 22. ds. Mts., vormittags 11 Uhr
auf dem Rathaus einfinden.
Den 13. Juni 1893.

Stadtschultheißenamt:
Siemer.

Winnenden.
Eine Wohnung
mit 3 Zimmern hat bis Martini zu
vermieten Maier z. Post.
Winnenden.
Feinsten neuen
Schleuder-Honig
empfiehlt
Anstaltslehrer Harm.

Bekanntmachung des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins.

In Laufe dieses Jahres werden Prämierungen ausgezeichneter Zuchtpferde und Fohlen stattfinden:

I. Für Pferde des Landschlags:

- 1) in Herrenberg am Samstag den 8. Juli ds. Js.,
- 2) in Saulgau am Dienstag den 11. Juli ds. Js.

II. Für Pferde des kaltblütigen Schlags:


in Blaubeuren am Donnerstag den 13. Juli ds. Js.

Diejenigen, welche sich um Preise bewerben wollen, haben dies bei den Anmeldestellen nämlich: Für Herrenberg bei Herrn Gemeindevorstand Rüdinger daselbst, für Saulgau bei Herrn Verwaltungsaktuar Neuburger daselbst, für Blaubeuren bei Herrn Oberamtsstierarzt Miller daselbst, je spätestens bis zum 23. Juni 1893 anzumelden. Näheres ist in der Beilage zum Staatsanzeiger vom 21. Mai 1893 No. 117 enthalten. — Die Herren Ortsvorsteher werden ersucht, die Pferdebesitzer in ihrer Gemeinde hierauf aufmerksam zu machen.

Den 10. Juni 1893.

Landwirtschaftlicher Bezirksverein:

Vorstand: Reiterungsrat E h y m. Sekretär: Oberamtspfleger G h e l.



Liedertafel Winnenden.

Heute Donnerstag Abend
Monats-Versammlung

bei E. Baumann. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.
der Ausschuss.



Winnenden.
Stimm-Bettel
für Schnaidt
Kaufmann Binz.

find zu haben bei

Kaufmann Binz.

Winnenden. Einladung.

Alle im Jahr 1843 sowie 1853 geborenen Männer von Winnenden und Umgebung werden hiemit auf kommenden Sonntag den 18. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr in das obere Lokal des Gasthauses z. Stern hier zu einem gemütlichen Beisammensein freundlich eingeladen. Erwünscht wäre auch die Teilnahme der Frauen, ebenso sind alle Freunde der 50er und 40er Jubilare herzlich willkommen.

Die Beteiligten.

Haupt-Gewinn event. 500,000 Mark.

Glücksanzeige.

Die Gewinne garantiert der Staat. Erste Ziehung: 28. u. 29. Juni.

Einladung zur Beteiligung an den Gewinn-Chancen
der vom Staate Hamburg garantiert. großen Geld-Lotterie, in welcher 10 Millionen 452,425 Mark sicher gewonnen werden müssen.

Die Gewinne dieser vorteilhaften Geld-Lotterie, welche planmäßig nur 110,000 Lose enthält, sind folgende, nämlich:

Der größte Gewinn ist event. 500,000 Mark		
Prämie 300,000 M.	2 Gewinne à 50,000 M.	756 Gew. à 1000 M.
1 Gewinn à 200,000 M.	1 Gewinn à 40,000 M.	1237 Gew. à 500 M.
1 Gewinn à 100,000 M.	5 Gewinne à 20,000 M.	31 Gew. à 300 M.
2 Gewinne à 75,000 M.	3 Gewinne à 15,000 M.	120 Gew. à 200, 150 M.
1 Gewinn à 70,000 M.	26 Gewinne à 10,000 M.	33950 Gew. à 148 M.
1 Gewinn à 65,000 M.	56 Gewinne à 5,000 M.	7992 Gew. à 127, 100, 94 M.
1 Gewinn à 60,000 M.	106 Gewinne à 3,000 M.	10848 Gew. à 67, 40, 20 M.
1 Gewinn à 55,000 M.	253 Gewinne à 2,000 M.	im Ganzen 55,400 Gew.
	6 Gewinne à 1,500 M.	

u. kommen solche in wenigen Monaten in 7 Abteilungen zur sicheren Entscheidung. Der Hauptgewinn 1. Klasse beträgt 500,000 M., steigt in der 2. Cl. auf 55,000 M., in der 3. auf 60,000 M., in der 4. auf 65,000 M., in der 5. auf 70,000 M., in der 6. auf 75,000 M., in der 7. auf 200,000 M. u. mit der Prämie von 300,000 M. event. auf 500,000 M.

Für die erste Gewinnziehung, welche amtlich auf den 28. u. 29. Juni 1893 festgesetzt, kostet das ganze Originallos nur 6 Mt., das halbe Originallos nur 3 Mt., das viertel Originallos nur 1 1/2 Mt. inclusive Stempel für das deutsche Reich.

Jeder der Beteiligten erhält von mir nach stattgehabter Ziehung sofort die amtliche Ziehungsliste unaufgefordert zugesandt. Verlosungs-Plan mit Staatswappen, woraus Einlagen und Verteilung der Gewinne auf die 7 Klassen ersichtlich, versende im Voraus gratis.

Die Auszahlung und Versendung der Gewinnelder erfolgt von mir direkt an die Interessenten prompt und unter strengster Verschwiegenheit.

Bestellungen erbitte per Postanweisung oder mittelst eingeschriebenen Briefes. Auf Wunsch erfolgt der Versandt der Lose auch unter Nachnahme. Man wende sich daher mit den Aufträgen der nahe bevorstehenden Ziehung halber, sogleich, jedoch bis zum

28. Juni 1893

vertrauensvoll an

Joseph Heckscher,
Banquier und Wechsel-Comptoir in Hamburg.

Volks-Verein Winnenden.

Wir ersuchen unsere Freunde auf dem Lande, uns das
Wahlresultat
sofort noch am Abend durch einen Boten zukommen zu lassen. Gasthaus zum Hirsch.

Wahlkomité für Schnaidt.

Winnenden.
Erste Qualität
Rind-Fleisch
per Pfund 35 Pfennig
bei Metzger **Laier** und
Schlagenhauff.

Winnenden.
Da der **Frauenweg** bei Bahnwärter Müller sich in einem schlechten Zustande befindet, so werden die Postbesitzer ersucht, ihr etwaiges Steinmaterial, Bauschutt u. dergl. dort abzuführen; auch wäre man dankbar, wenn von städtischer Seite, bei welcher öfters dergleichen Material übrig ist, obiges berücksichtigt würde. Zur Planung ist gerne bereit
Kleinmann.

Winnenden.
Zwei neue **Betten** samt Bettladen und Roste jetzt dem Verkauf aus.
Wer? sagt die Redaktion.

Winnenden.
Den Gras-Ertrag von 1/8 Morgen in Kirchwiesen verkauft am **Donnerstag Abend 6 Uhr** auf dem Platz
Schäfer, Bahnhofstraße.

Winnenden.
Ein verschleißbarer **Heubarn** ist zu verpachten von
Kurz, Gerber.



Die zur Bereitung eines kräftigen u. gesunden **Haustrunks** nötigen Substanzen liefert ohne Zucker franco! Deutschland zu Mk. 3.25, für die Schweiz franco zu fr. 3.85 vollständig ausreichend zu 150 Liter

Apotheker Hartmann, Steinhorn und Gemmenhofen (Schweiz)

Vor schlechten Nachahmungen wird ausdrücklich gewarnt! Zeugnisse gratis und franco zu Diensten.
Man achte auf die Schutzmarke!

Zu haben in Winnenden: G. Häusermann; Backnang: Apoth. Roser; Waiblingen: Apotheker Sträßle.

Bei **Appetitlosigkeit, Magenweh u. schlechtem Magen** nehme die bewährten **Kaiser's Pfeffermünz-Caramellen** welche große Dienste leisten und sicheren Erfolg haben. Zu haben in der alleinigen Niederlage per Pat. à 25 J bei
R. Hahn, Winnenden, Fr. Gastein, Schwaibheim.

Neu! Praktisch! Gesund! Billig! Vorzüglich!



Jul. Schrader's Most-Substanzen
in Extraktform.

Allein leicht bereitet und zu haben
v. J. Schrader, Feuerbach-Stuttgart.

Das Einfachste, Praktischste und Vorzüglichste zur Bereitung eines ausgezeichneten, billigen und gesunden Haustrunks (Mosts).

Einfachste Handhabung, alles Kochen, Durchsiehen etc. unnötig.
Per Port. zu 150 Liter — 1/2 Eimer — 1 Ohm mit genauer Gebrauchsanweisung M. 3.20.

Zu haben in
Winnenden: Apoth. Gmelin.
Waiblingen: Apoth. Marggraff.
Fellbach: W. Weller.

SUPPEN
MAGGI
WÜRZE

Frachtbriefe
bei **E. Huf, Buchdrucker.**

Landesnachrichten.

Die zweite Schulstelle in Großspach ist dem Schull. Walz in Buch übertragen worden.

Diensterledigung: Die Schulstelle zu Steinach, Bezirkschulinsp. Schorndorf, Cinf. 186 A neben st. Wohnung und der gesetzlichen Belohnung für Abteilungsunterricht.

Ludwigsburg, 12. Juni. Am gestrigen Sonntag erschien der seitherige Reichstagsabgeordnete, Herr Schnaidt, in drei Wählerversammlungen zu Markgröningen, Schwieberdingen und Möglingen, um sich nicht zu bewerben für die bevorstehende Wahl, sondern um Rechenschaft abzulegen über seine Thätigkeit im Reichstag und um sich zu rechtfertigen gegenüber den ihm von der Deutschen Partei gemachten Vorwürfen, als ob er seine Pflicht im Reichstag veräußert hätte. Einleitend sprach er über die Schwierigkeit der Aufgabe der Reichstagsabgeordneten; wie es unmöglich sei, jedem es recht zu machen, wie nicht jedem Erwerbstand oder Beruf gerade seine Interessen durch die Gesetzgebung gesichert werden können, wie aber darauf hingewirkt werden müsse, daß jeder Fleißige sein Auskommen finden könne in seinem Beruf, daß ferner Gleichheit in der Verteilung der öffentlichen Lasten und Rechte angestrebt und Gleichheit vor dem Gesetz hochgehalten werden müsse. Er legte ferner dar, wie es die Aufgabe des Abgeordneten sei, den inneren Zusammenhang der verschiedenen Erwerbstände zu erforschen, um ein richtiges Ineinandergreifen derselben zum Nutzen aller zu ermöglichen. Er sprach des Weiteren über die Pflicht der einzelnen Bürger zur Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten, von den Parteien und deren Programmen, bemerkte, wie es eine schöne Sache sei um ein gutes Programm, aber nur dann, wenn es ausgeführt und gehalten werde; führte aus, daß die Deutsche Partei eine Anzahl der von ihr noch vor wenigen Jahren bekämpften Programmpunkte der Volkspartei in ihr neues Programm aufgenommen habe, daß aber diejenigen, welche vor allen die Ausführung des neuen Programms obliege, die deutschparteilichen Mitglieder des Landtags (die sog. Kammerfraktion) erklärt haben, daß sie sich durch dieses Programm nicht verpflichten lassen; wozu Redner bemerkte, daß er sich hierüber nicht gewundert habe, weil er die Deutsche Partei eben mehr für eine Regierungspartei halte, in welcher die Beamtenschaft einen überwiegenden Einfluß ausübe. Er beleuchtete dann das Verhalten dieser Partei in der Kammer anlässlich der Hegeimajer-Debatte und der neuen Steuer-Erhöhung, sowie im Reichstag anlässlich des Antrags der Freisinnigen auf Einführung einer progressiven Reichseinkommensteuer im Jahre 1887. Ferner beklagte er sich darüber, daß gerade diese Deutsche Partei ihm Pflichtverhältnis in Ausübung seines Mandats vorwarf, während doch der von ihr so hoch gepriesene und durch sie in den Reichstag gewählte Abgeordnete Fürst Bismarck, dessen dienstliche und sonstigen Verhältnisse eine fortgesetzte Teilnahme an den Reichstagsverhandlungen wohl ermöglicht hätten, sich ganz davon ferngehalten habe.

Herr Schnaidt erklärte, daß er zehnmal in Berlin gewesen und an etwa 60 Sitzungen teilgenommen, daß er nie geseht, wenn es sich um eine wichtige Abstimmung gehandelt habe, bei der es auf seine Stimme angekommen sei. Er wies darauf hin, daß er vor 3 Jahren vor der Wahl erklärt habe, daß er das Mandat nur unter der Bedingung annehme, wenn er es mit der Einschränkung ausüben dürfe, welche ihm sein Beruf als Bankdirektor und sein Mandat als Landtagsabgeordneter aufzulegen. Wenn man diesen Vorbehalt mit der Art, wie er das Mandat wirklich ausgeübt habe, zusammenhalte, so werde jeder Billigdenkende den ihm gemachten Vorwurf der Pflichtveräußerung für unbegründet erklären müssen.

Hierauf trug Herr Schnaidt die sehr zahlreichen und zum Teil sehr weitläufigen Gegenstände, an deren Beratung und Entscheidung im Reichstage er mitgewirkt, vor unter Beifügung der Gründe, welche ihn bei seinen Abstimmungen geleitet haben. Des Längeren verweilte er bei der Begründung der Ablehnung des v. Huene'schen Antrags zur Militärvorlage, legte dar, wie die Nationalliberalen und Deutschpartei noch vor 3 Jahren gegen den Antrag der Volkspartei auf Herabsetzung der 3jährigen Präsenz gestimmt haben, fügte bei, daß die Volkspartei — übereinstimmend mit einer Resolution der deutschen Partei vom November 1892 — denjenigen Aufwand zur Bewilligung angeboten habe, der zur Herbeiführung der zweijährigen Präsenz ohne weitere Vermehrung der Friedenspräsenz erforderlich ist, freilich unter der Bedingung, daß vorher die Resolution des Reichstags in Betreff der Neuregelung des Beschwerderechts der Soldaten und des militärischen Gerichtsverfahrens

von den verbündeten Regierungen berücksichtigt werde und daß eine verfassungsmäßige Festlegung der zweijährigen Präsenz auf die Dauer geschehe und nicht bloß auf 5 Jahre, wie es der Antrag v. Huene will. Er wies nach, daß die deutsche Partei zu Ludwigsburg unter dem Vorsitz des Herrn Kallenberg in ihrer Versammlung vom 3. Nov. 1892 konstatiert hat, daß es dem Willen der Bevölkerung zuwiderlaufe, wenn eine weitere Heeresvermehrung, als die zu Herbeiführung der zweijährigen Präsenz erforderliche, beabsichtigt werde. Er las verschiedene Äußerungen des Reichskanzlers v. Caprivi und des vormaligen Kriegsministers v. Berdy vor, welche für die geplante Heeresvermehrung nicht sprachen. Weiter berief er sich auf den Ausspruch des Fürsten Bismarck, daß die neueste Militärvermehrung weder nützlich noch notwendig sei. Herr Schnaidt sagte, er für seine Person wolle die Bedeutung und den Wert dieser Äußerung ganz dahingestellt sein lassen, wenn aber die deutsche Partei, aus deren Mitte der Altreichskanzler als „die verkörperte Weltvernunft“ erklärt worden sei, wenn diejenigen, welche noch im vorigen Jahre nach Riffingen gewallfahrtet seien, um Bismarck zu huldigen, dem Ausspruch und der Meinung desselben über die Militärvorlage so geringen Wert beilegen, wie zur Zeit von ihnen geschehe, so wisse er einfach nicht, was er dazu sagen soll; so viel stehe aber für ihn fest, daß der Fürst Bismarck weder ein Vaterlandsverräter, noch ein Mann sei, dem die erforderliche Befähigung zur richtigen Beurteilung fehle.

Herr Schnaidt trug weiter vor, daß er im Nov. v. J. anlässlich der Ablegung eines Reichstagsberichts in einer zahlreich besuchten Versammlung zu Fellbach die Militärvorlage besprochen und von der Versammlung in einer fast einstimmig gefaßten Resolution die Bitte mit nach Hause bekommen habe, im Reichstag so zu stimmen, wie er gethan habe. Er würde — wenn er nochmals seine Stimme abzugeben hätte — ganz wie am 6. Mai d. J. stimmen.

In Möglingen wurde Herr Schnaidt über seine Meinung in betreff des Getreidezolls interpelliert. Er gab seine Ansichten wie folgt kund: Auch er kenne die mißliche Lage des Bauernstandes und habe dem auch da, wo es gelte, Ausdruck gegeben; er wisse auch, daß zu Preisen, wie sie zur Zeit bestehen, beim Getreidebau nichts herauskomme, es falle ihm daher nicht ein, an den durch die Handelsverträge bestimmten Zollsätzen zu rütteln; aber er habe die Ueberzeugung, daß bei dem raschen Anwachsen der Bevölkerung Deutschlands und der zunehmenden Unzulänglichkeit seiner Getreideproduktion die Ernährungsfrage des Volkes immer mehr in den Vordergrund trete, und daß, weil demzufolge eine Hemmung der auswärtigen Zufuhr von im Lande fehlenden Lebensmitteln durch Zölle auf eine längere Dauer fragwürdig erscheine, jetzt schon auf Mittel u. Wege gesonnen werden müsse, wie unserer Landwirtschaft aufgeholfen werden könne, ohne andere Erwerbstände dabei zu benachteiligen.

In dieser Beziehung verweise er auf die bezüglichen Werten Worte, welche der bayerische Prinz Ludwig bei Eröffnung der Münchener Vieh-Ausstellung gesprochen habe. Er warne daher auch vor dem Bauernbund, der vom hohen Grundadel und seinen Angestellten ins Leben gerufen worden sei, mit der Tendenz, ohne Rücksicht auf andere Erwerbstände die landwirtschaftlichen Interessen allen andern bei der Gesetzgebung voranzustellen. Darin, daß der Bauernbund nur allein die Interessen der Bauern gelten lassen wolle, ähnele er der Sozialdemokratie, welche ihrerseits die Interessen der Arbeiter allem andern voranstelle. Ein derartiges Vorgehen der verschiedenen Stände würde aber den wirtschaftlichen Krieg aller gegen alle zur Folge haben und darunter würden auch wieder alle zu leiden haben. Die letzteren Bemerkungen veranlaßten eine Erwiderung eines sozialdemokratischen Redners in längerer Ausführung, welche sofort von Herrn Schnaidt unter Beifall der nichtsozialistischen Zuhörer beantwortet wurde.

Herr Schnaidt beendete seinen Vortrag damit, daß er erklärte, er sei nicht Bewerber um das Mandat, aber bereit, eine etwa auf ihn fallende Wiederwahl anzunehmen; sein Wunsch sei der, daß die Wahl im zweiten Wahlkreise, sowohl als im ganzen Reiche, ausfallen möge zum Wohle des deutschen Volkes und Vaterlandes.

Der Redner erntete an allen drei Orten lebhaften Dank und Beifall der sehr zahlreichen Versammlungen, und durfte mit der Ueberzeugung heimkehren, daß er seine Rechtfertigung gut bestanden und daß er sich der ihm öfter bewiesenen Anhänglichkeit der Bevölkerung immer noch in hohem Maße zu erfreuen habe.

Stuttgart, 9. Juni. Bei der kürzlichen Versammlung Alt-Hohenheimer, die zur Feier des 75jährigen Akademiejubelums stattfand, hat der König, der mit der Königin zum Feste erschienen war, seinem Wohlwollen für die Landwirtschaft in folgenden Worten Ausdruck gegeben:

„Ich danke, zugleich im Namen Meiner Gemahlin, für den warmen Empfang, der Uns in Hohenheim bereitet worden ist, und spreche Meine Freude aus darüber, daß so viele frühere Angehörige der Akademie von nah und fern herbeigeeilt sind, um das heutige Jubiläum mitzufeiern. Ich sehe darin ein Zeichen Ihrer Anhänglichkeit an Meine landwirtschaftliche Hochschule und einen Beweis Ihrer Dankbarkeit für das, was Sie an derselben gelernt haben, um es später im Leben zu verwerten. Ich heiße Sie alle hier herzlich willkommen; Ich fühle das Bedürfnis, an diesem Tage bei dem ersten Besuche, den Ich seit Antritt Meiner Regierung in Hohenheim mache, es auszusprechen, wie sehr Mir das Gedeihen der Landwirtschaft am Herzen liegt. Ich bin willens, alles zu thun, was an Mir liegt und was Meine Regierung vermag, um die Landwirtschaft zu schützen und zu fördern. Ich bitte die hier anwesenden württembergischen Landwirte, dies in ihren Kreisen weiter zu erzählen und zu verbreiten, damit Mein lebhaftes Interesse für die Landwirtschaft zur allgemeinen Kenntnis gelangt. Ich hoffe, daß Mein Bestreben nicht nur zum Segen Württembergs, sondern des gemeinsamen Vaterlandes gereichen werde.“

Marbach, 11. Juni. Ein junger Arbeiter aus Mundelsheim ist heute früh in Steinheim in bedauerlicher Weise verunglückt. Er wollte eine sog. Schlüsselbüchse zum Schließen probieren. Das Geschloß entlud sich zu früh u. verletzte ihn schwer. Zwei Finger wurden ihm vollständig weggerissen, beim dritten ist der Knochen so zersplittert, daß er abgenommen werden mußte. Auch die Hand zeigt mehrere schwere Risse. Daumen und Zeigefinger sind zum Glück wenig verletzt.

Nagold, 11. Juni. Der 29 Jahre alte Knecht des hiesigen Traubenwirts hatte gestern abend einen Möbelwagen nach Ebhausen zu führen. Auf dem Heimweg gingen die Pferde durch und er kam unter den Wagen. Beide Beine wurden ihm abgefahren. Bis man ihn nach Hause brachte, hatte er so viel Blut verloren, daß der Tod eintrat.

Eingesehenet.

Wen sollen wir wählen?

Bankdirektor Schnaidt hat sich den Wählern gar nicht gezeigt, wie man hört aus dem Grund, weil seine Vorgesetzten ihm zu Wahlreisen den Urlaub verweigerten. Wird er dann wohl nach Berlin reisen dürfen, um den Reichstag zu besuchen? Es ist jedenfalls zu erwarten, daß dies so selten geschieht, wie in der letzten Reichstagsversammlung, wo er nur bei den Abstimmungen über die Militärvorlage zugegen war. Wenn es also genug ist, daß unser Wahlkreis nur ein paar mal im Reichstag vertreten ist, der mag Hr. Schnaidt wählen.

Herr Schnaidt wird gegen die Militärvorlage stimmen. Die neue Militärvorlage will dem deutschen Volk die 2jährige Dienstzeit bringen; wenn aber die Vorlage abgelehnt wird, so behalten wir die 3jährige Dienstzeit. Wenn es also lieber ist, wenn sein Sohn 3 Jahre beim Militär bleiben muß, statt nur 2 Jahre, der soll nur Herrn Schnaidt wählen.

Wenn die Militärvorlage angenommen würde, so könnten 3600 Soldaten in Württemberg aus dem Militärdienst entlassen werden. Wer aber das nicht will, der soll Hr. Schnaidt wählen, dann müssen diese 3600 Soldaten noch ein Jahr in der Kaserne bleiben.

Die Militärvorlage kostet Geld, viel Geld. Diejenige Partei, welcher Herr Kallenberg angehört, will das Geld dazu durch solche Steuern aufbringen, welche nur die Vermöglicheren bezahlen müssen. Wer das aber nicht will, der wähle nur Herrn Schnaidt, dann bleibt auch in diesem Stück beim Alten.

Wer aber will, daß das Vaterland gegen den Feind gerüstet dastehe, wer will, daß unsere Soldaten schon nach 2 Jahren wieder in die Heimat zurückkehren dürfen, wer will, daß das Geld zur Militärvorlage von denen bezahlt werde, die es haben, der wähle

Herrn Kallenberg.

Eingekendet.
Was trifft es uns?
(Aus dem Schw. M.)

Die Demokratie weiß die Millionen, die die Heeresvorlage kostet, ins Unermessliche zu steigern. Vergleicht man, um ein greifbares Bild zu erhalten, wie viel es das einzelne Land trifft, wie viel es den Einzelnen trifft, so kommt man auf Summen, mit denen man auch im Einzelstaat oft zu rechnen hat und die nicht „unerschwinglich“ sind im Vergleich zu dem, was unser Württemberg für viele andere Zwecke leistet. Der Gröber'sche Bericht berechnet die fortwährenden Ausgaben für Württemberg auf 1 950 507 Mark. Auch diese Zahl ermäßigt sich noch, nachdem die Regierung sich auf den Antrag Hüne verständigt hat. Wie viel das auf den Kopf der württ. Bevölkerung bei wenig über 2 Millionen Einwohnern ausmachen würde (nach der Volkszählung von 1890: 2 036 522 Einw.), kann sich jeder leicht berechnen. Nicht aber auf die einzelnen Einwohner wird umgelegt, was die Heeresvorlage ausmacht, vielmehr soll es auf diejenigen Schultern gelegt werden, die es zahlen können: die Vermöglichen. Eitel Humbug ist es, wenn die Demokratie ins Volk hinausruft: So viel trifft jeden Steuerzahler und, wenn er Familie hat, gar 6 mal so viel. Die Zahl der Mannschaften, um die das württ. Armeekorps vermehrt werden soll, beträgt 2477 Gemeine und 426 Unteroffiziere. Auch hier würde der Antrag Hüne noch eine Verminderung bringen. Wir haben in Württemberg 1911 Gemeinden, das macht also für jede Gemeinde eine Vermehrung von 1,51 Soldaten, ein und einhalb Mann. Ist es wirklich „unerschwinglich“, daß eine württ. Gemeinde unter vier Jahren die drei ersten Jahre je einen Mann mehr stellen als bisher? Würde man selbst in den kleinsten Gemeinden, die es naturgemäß viel weniger trifft, als die großen, denn auch hier müssen die großen Gemeinden natürlich in erster Linie daran glauben, es irgend wie verspüren, wenn dieser eine Mann jetzt schon mehr eingezogen worden wäre? Und was die Kosten anbelangt, so hat die Beratung des letzten Finanzetat's in der Kammer des öfteren Anlaß gegeben, mit Summen zu anderen Staatszwecken zu rechnen, die noch recht erheblich höher sind, als die 1 950 000 M., die nach dem Gröber'schen Bericht an fortwährenden Ausgaben für das württ. Armeekorps entfallen. 1891/92 ist der Reinertrag der Staatseisenbahnen hinter dem Zinsbedarf für die Eisenbahnschuld zurückgeblieben um mehr als 3 Mill. Mark und mit diesem Defizit haben Regierung und Stände gleichermaßen als mit rein natürlichen Verhältnissen gerechnet und Niemand, auch keinem Demokraten ist es eingefallen, vom „volkswirtschaftlichen Ruin“ zu sprechen, den die 3 Mill. M. für das Land im Gefolge haben werden. Der Etat eines einzelnen württ. Ministeriums, des Ministeriums des Innern, ist eben mit einem Mehr von nahezu 1/2 Mill. bewilligt worden, nachdem erst der vorhergehende Etat desselben Ministeriums um über 1/2 Mill. gesteigert worden war, ganz abgesehen von der weiteren Million Mark an jährlichen Straßenbaubeiträgen, die 4 Jahre lang demselben Ministerium bewilligt wurden und die auch jetzt wieder in der Höhe von 1/2 Mill. bewilligt worden sind. Also hier in wenigen Jahren fast dieselbe Steigerung in einem einzelnen Departement eines Einzelstaates, wie sie für Württemberg notwendig wird, zu Gunsten der Sicherung des Landes und Reiches. Der württ. Finanzetat schließt ab mit einem Staatsbedarf für 1893/94 von 68 231 104 M. Wird da die Sache plötzlich unerschwinglich, wenn statt 68 Millionen 2 weitere aufzubringen sind? Kann das Land 68 Millionen ohne Not aufbringen und ist es andererseits „reiner wirtschaftlicher Ruin“, wenn man bei gerechterer Steuerverteilung als bisher — und diese Gesetzesarbeit ist in Württemberg in Vorbereitung — soll 70 Mill. aufbringen, weil die Stetigkeit des Handels und Verkehrs, die Aufrechterhaltung des Friedens dies verlangen? Ueber das Eisenbahn-defizit hat sich Niemand aufgeregt; die Steigerung im Departement des Innern hat die Kammer sogar mit Freuden genehmigt. Wollen wir so kurzfristig sein, zu vergessen, daß die Opfer selbst in einem siegreichen Kriege ganz andere Summen verschlingen, als die Militärvorlage erfordert und als wir sie zu anderen Zwecken in unserem württ. Etat ebenfalls haben und — so reich sind wir noch in Württemberg — auch ferner haben werden!

Eingekendet.
Die Partei des Herrn Kallenberg, die Herren-

partei, geht wieder auf den Stimmenfang und dazu ist ihr jede Richtung genehm, sie verspricht den Wählern so viel Gutes, daß einem ganz blau vor den Augen wird. Die Einführung der zweijährigen Dienstzeit sollte man meinen, wäre nur ihren Dienstleistungen zu danken, während doch gerade die deutsche Partei es gewesen ist, welche die Volkspartei bis vor ganz kurzer Zeit wegen dieser Forderung, welche die Volkspartei bei jeder Gelegenheit im Reichstag durch den Mund ihres Führers Payer geltend machte, verhöhnte und verfolgte.

Aber auch diesmal täuscht sie die Wähler, indem sie es so darstellt, als ob die Regierung die zweijährige Dienstzeit gegen Bewilligung der Militärvorlage zugestanden habe, während sie nur einweisen gewissermaßen als Probe eingeführt werden soll, um nach wenigen Jahren wieder für Weiterbewilligung weitere Forderungen an den Volksfädel machen zu können.

Dabei wird dem Volk wieder wie anno 1887 Furcht einzulösen gesucht vor den Franzosen, welche sprungbereit seien, einen Einfall in Deutschland zu machen, während umgekehrt die Franzosen befürchten, die Militärvorlage sei nur gemacht, um ihnen den Garau zu machen.

Wem fällt da nicht wieder die Kriegsbrede eines verstorbenen Geistlichen in der Krone hier ein, in welcher er so mordbrennerisch und verheerend den Meloc aufmarschieren ließ, ja er wußte sogar den Tag des Kriegs-Ausbruchs anzugeben, und am nächsten Sonntag nach der Wahl predigte er von dem ewigen Frieden. — So wird's gemacht.

Deshalb ihr Wähler besinnet euch, denket auch an die Kosten, an die schlechte Zeiten und gebet der Regierung durch euren Stimmzettel zu verstehen, daß sie möchte Einsparen haben mit eurer Sorge und Not, daß sie absehen möge von ihrer ganzen Forderung und den Vorschlag der Volkspartei annehmen möge, dann ist der Friede inwendig und auswendig gesichert!

Wählet euren seitherigen erprobten Abgeordneten
Herrn Fr. Schnaidt
aus Ludwigsburg.

Eingekendet.
Wer einmal lügt.
(Aus dem Neuen Alb.)

Es war im Jahre 1887. Der Franzosenschrecken ging durchs Land und ein schönes Wort von den Septennatsfreunden, die „progressive Einkommenseinsteuer“. Wenn der erstere nicht weich genug machte, sollte die letztere vollends erweichen. In allen Tonarten versprachen die Freunde der Regierung die Besteuerung der Reichen, die höhere Belastung der großen Einkommen und die Entlastung der Armen und der kleinen Angestellten. Die Liberalen und Konservativen hatten in ihren Programmen fast samt und sonders das Versprechen einer Reichseinkommensteuer. Die Einkommen von 6000 M. an aufwärts sollten alles bezahlen, wurde in den deutschparteilichen Blättern den ängstlich schmunzelnden Wählern vorgemacht. Sie sollten ja in ihrer Mehrzahl am Septennat nichts zu zahlen haben. Darum haben sie, die Wähler, auf Treu und Glauben zugestimmt und einen Reichstag gewählt, den sogenannten „Kartell-Reichstag“, nach dem Herzog Bismarck und der ganzen Regierung. Konservative und Nationalliberale hatten im Reichstag das Festsitzen in der Hand, und das Septennat wurde angenommen. Drauf kam's ans Zahlen. Da stellten die Freisinnigen den Antrag: Weil die Konservativen und Nationalliberalen dem Volk die Reichseinkommensteuer versprochen haben und das Volk sie treuherzig darauf gewählt hat, so wollen wir die Kosten der Septennatsbewilligungen mit dieser versprochenen Steuer bezahlen.

Aber da kamen die Freisinnigen schlecht weg. Ihre besten Redner sprachen für den Antrag. Aber die Konservativen wollten jetzt auf einmal nichts mehr von dieser Steuer wissen; ihre Abgeordneten Hellvor und Malzbahn-Gülz sprachen — dagegen. Und von den Nationalliberalen rußte ihr bester Redner und geschicktester Redner ebenfalls dagegen sprechen. Das war der Abgeordnete Miquel, der heute — preussischer Minister ist. Und als es dann an die Abstimmung kam, standen die Freisinnigen und Sozialdemokraten allein; denn es war ja jetzt auf drei Jahre gewählt. Und von den Konservativen und Nationalliberalen, deren Blätter dem Volke vor der Wahl alles so schön versprochen hatten mit der Reichseinkommensteuer für die großen Besoldungen, hielt kein einziger bei der Abstimmung stand: sie

Rebigniert, gedruckt und verlegt von E. H u ß in Winnenden.

stimmten alle gegen das, was ein paar Monate vorher ihre Presse so eindringlich schön versprochen hatte.

Aber die Wähler hatten den Brei gegessen. Diejenigen, welche ihnen denselben eingelöffelt hatten, weigerten sich zu zahlen, und so mußten es die Wähler selbst besorgen.

Das war vor sechs Jahren bei der Septennatswahl und auch wegen einer Militärvorlage.

Wer jetzt noch Lust zum Brei hat, mag ihn essen, aber zugleich auch für das nötige Kleingeld aus der eigenen Tasche sorgen. Die andern aber werden auf gut — wenn euch derb Schwäbisch sagen:

Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht,
Und wenn er auch die Wahrheit spricht.

Eingekendet.
Wahlsped.

Auf der einen Seite sagt man, die Zahl der Soldaten muß vermehrt werden, damit wir auf gleichem Fuß stehen mit anderen Staaten, damit wir ebensoviel Militär ins Feld stellen können wie diese. Auf der andern Seite sucht man ältere gediente Leute zu löbern dadurch, daß man verspricht, die älteren Mannschaften werden geschont bei Annahme der Militärvorlage, sie dürfen im Kriegesfall nicht mehr ins Feld. Diese beiden Dinge stimmen aber durchaus nicht überein; entweder ist die Vermehrung nichts bei Schonung der älteren Jahrgänge, oder wird's aus der Schonung nichts bei Vermehrung der streitbaren Mannschaft. Das ist der Wahlsped! Uebrigens würde es mit der „Schonung“ der älteren Jahrgänge nicht arg ausfallen, kaum der ganze letzte Jahrgang der Landwehr könnte geschont werden, wenn die Reichsregierung die Annahme der Militärvorlage bloß „zur Schonung“ der älteren Leute verlangte.

Was die Dedung der Kosten für die Militärvorlage anbelangt, wie sind die Reichen doch auf einmal freigebig geworden, denn sie wollen ja die vielen Millionen auf ihre Schultern nehmen. Das ist sehr schön! „Je mehr er hat, je mehr er will“, heißt's bei der Militärverwaltung; bei den Reichen heißt's jetzt: „Je mehr er hat, je mehr er giebt“. Aber — war's anno 87 vor den Wahlen nicht auch so? Und nachher — Wahlsped!

Eingekendet.
Aufgepaßt!

Wer sagt, Herr Schnaidt habe im Reichstag seine Schuldbiligkeit nicht gethan, der lügt, denn er hat an allen wichtigen Verhandlungen teilgenommen und abgestimmt.

Wer sagt, Herr Schnaidt wähle, sei schuld, wenn die 24jährige Präsenz nicht eingeführt werde, der lügt, denn die Reichsregierung hat auf Antrag der Volkspartei die Vorlage der 24jährigen Präsenz eingebracht.

Wer daher den Verdrehern der Wahrheit nicht mehr glaubt, der wählt Herrn Schnaidt.

Wer sich aber von der konservativ-deutschen Partei auch in Zukunft irre leiten lassen will, wähle Hrn. Kallenberg.

Eingekendet.
Zum 15. Juni.

Nun zeige Deinen Opfermut,
Bring' alle Mann an Bord!
Und alle Sorg' um Gut und Blut
Pres' in ein einzig Wort!
Dies eine Wort, das schlage
In's Land wie Blitschlag ein!
O sag' am Donnerstage
Mit Donnerstimme Nein!

Des einen Tages kurze Frist
Entscheidet Dein Geschick! —
Nun zeige, daß Du mündig bist,
Nur einen Augenblick!
Dem Zünglein in der Wage
Mußt Du die Zunge leih'n!
O sag' am Donnerstage
Mit Donnerstimme Nein!

Berichtigungen.

In dem letzten „Eingekendet“ der No. 68 des Volksblattes haben sich folgende Druckfehler eingeschlichen, welche hiemit berichtigt werden:

- aufstatt ob es nur soll es heißen mit nicht möglich wäre,
- „ engagirte soll es heißen enteignete Kleingewerbetreibende,
- „ Anfänger soll es heißen Anhänger von St. Manchester,
- „ daß das aber je soll es heißen ja geschehen wird.